



Seit einigen Wochen spitzt sich die Diskussion um die Zukunft der **Wilhelm-Leuschner-Schule** zu. Der geplante Bau von zwei Gymnasien feuert an den Schulen und auch in der Stadtpolitik Grundsatzdebatten über die generelle Bildungspolitik an.



Es ist zwar nachvollziehbar, daß viele Eltern ihre Kinder auf das Gymnasium schicken wollen, dadurch gibt es natürlich hohe Anmeldezahlen. Die Kooperation macht daraus aber einfach eine Nachfrage-Angebot-Rechnung und will zwei Gymnasien bauen.

Selbstverständlich fühlen sich dann die Integrierten Gesamtschulen im Stich gelassen, die einerseits unter dem jahrzehntelangem Sanierungstau leiden und andererseits dann doch ein Viertel der Gymnasialkinder im Laufe der ersten Jahre beschulen.

Anstatt die Attraktivität von Gymnasien mit zwei Neubauten weiter zu fördern, sollten doch gezielt die Integrierten Gesamtschulen unterstützt werden, die baulich in einem schlechten Zustand sind. Das Konzept der Gesamtschulen darf nicht mit mehr Angeboten im gymnasialen Zweig konterkariert werden.

In der Realität haben Integrierte Gesamtschulen einen schlechten Ruf und sind mit den umfassenden und immer weiter wachsenden Aufgaben überfordert. Für ein echtes ‚Gemeinsames Lernen‘ von starken und schwachen Kindern fehlen die Mittel und die politische Unterstützung.

**Die Kooperationspartner wollen aber offensichtlich aus parteipolitischen Gründen berechnete Kritik an der schwarz-grünen Bildungspolitik aus dem Landtag erst gar nicht aufkeimen lassen. Stattdessen spielt man die halbgaren Bildungsexperimente mit und fördert die Spaltung zwischen den Schulzweigen.**

Daß die SPD da mitmacht ist irritierend, aber sagt auch viel über den Zustand der Kooperation aus, bei der keiner wirklich weiß, was eigentlich in der Stadt vor sich geht. Leider auch auf Kosten der Schülerschaft.

Bestehende Schulen sollen saniert, ausgebaut und gestärkt werden. Und grundsätzlich sollte bei einem Neubau, ob nun Gymnasium oder Gesamtschule, auch darüber nachgedacht werden, die Konkurrenz zwischen den Schulen zu entzerren.

Die östlichen Vororte Wiesbadens sollten als Standorte in Betracht gezogen werden. Nicht alle weiterführenden Schulen müssen sich mitten in der Stadt gegenseitig das Wasser abgraben.

Abgesehen davon, könnte dies dann auch für eine verkehrliche Entlastung sorgen. Die Elterntaxen und Schulbuskolonnen müssen ja zu Stoßzeiten nicht immer in die Stadt fahren, sondern auch mal andersrum...

(Christian Bachmann)